

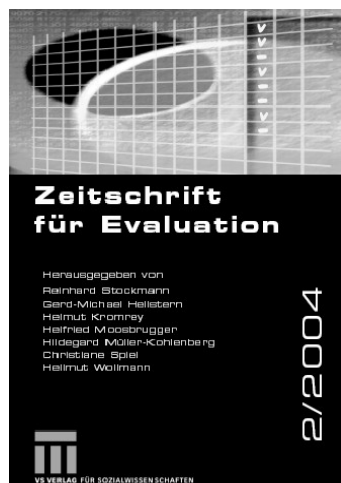
Sinn und Unsinn einer gesetzlichen Pflicht zur Evaluation von Modernisierungsmaßnahmen

Holger Schilling

Rechtsreferendar, Landgericht Erfurt

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Frage, ob die Anwendung des Instrumentes der Evaluierung bei der Durchführung verschiedenlichster Modernisierungsmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung einer gesetzlichen Verpflichtung bedarf oder nicht. Er beinhaltet dabei zunächst eine Darstellung der verschiedenen Modernisierungsansätze gefolgt von der Vorstellung des Instrumentes der Evaluierung. Im Folgenden wird Stellung genommen zur Notwendigkeit einer gesetzlichen Verpflichtung. Hierbei wird eingegangen auf die internationale Vergleichbarkeit, auf verfassungsrechtlich problematische Fragen sowie auf verwaltungspolitische Aspekte, die eine solche gesetzliche Verpflichtung berühren würde. Als Ergebnis der Arbeit wird ein Vorschlag ausgearbeitet, der einen möglichen Weg der Implementierung des Werkzeuges der Evaluierung in die allgemeine Praxis der Verwaltungsmodernisierung aufzeigt.



Herausgeber:

Prof. Dr. Reinhard Stockmann, Universität des Saarlandes
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Gerd-Michael Hellstern, Universität Kassel
Prof. Dr. Helmut Kromrey, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Helfried Moosbrugger, J.-W. Goethe-Universität Frankfurt
Prof. Dr. Hildegard Müller-Kohlenberg, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Dr. Christiane Spiel, Universität Wien
Prof. Dr. Hellmut Wollmann, Humboldt-Universität Berlin

Redaktion:

Dr. Alexandra Caspari
Universität des Saarlandes, Centrum für Evaluation (CEval)
FR 5.2 – Soziologie
Postfach 151 150, D-66041 Saarbrücken
Tel. 0681/302-3146, Fax. 0681/302-3899
e-mail: redaktion@zfev.de; www.zfev.de